

GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Deutsches Baugewerbe: Bundesautobahnbau muss Aufgabe für die deutsche Bauwirtschaft bleiben!

(Würzburg, am 01.07.2016) „Wir brauchen grundlegend neue Voraussetzungen für den Bundesautobahnbau. Bauunternehmen und die Bauverwaltungen von Bund und Ländern brauchen endlich wieder planbare Rahmenbedingungen. Dazu müssen zuallererst die öffentlichen Investitionsausgaben für die Verkehrswege deutlich erhöht, dauerhaft verstetigt und überjährig bereitgestellt werden. Zum zweiten muss die Bauherrenkompetenz in der Straßenbauverwaltung der Länder wieder aufgebaut und deren Planungseffizienz gesteigert werden. Für die Stärkung der öffentlichen Finanzierung ist es zum Dritten unabdingbar, die Organisations- und Durchführungsstrukturen im Bereich des Straßenbaus zu optimieren und institutionell zu stabilisieren, etwa durch eine Fernstraßenfinanzierungsgesellschaft auf Bundesebene.“ Mit diesen Worten fasste ZDB-Präsident Hans-Hartwig Loewenstein heute bei einem vom Zentralverband des Deutschen Baugewerbes (ZDB) gemeinsam mit dem Landesverband Bayerischer Bauinnungen (LBB) veranstalteten Fachforum zum Bundesfernstraßenbau in Würzburg, das unter dem Motto „Bundesautobahnbau – Eine Aufgabe für die deutsche Bauwirtschaft!?“ stand, die Position des deutschen Baugewerbes zur aktuellen Auseinandersetzung zwischen Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt und den Länderverkehrsministern über die zukünftige Finanzierung und Organisation des Bundesfernstraßenbaus zusammen. Eine umfassende Zentralisierung der Verwaltung einschließlich Planung und Auftragsvergabe in einer neuen Superbehörde auf Bundesebene, wie sie das Bundesverkehrsministerium fordert, lehne das Baugewerbe ab. Grundvoraussetzung bleibe, so Loewenstein, dass die öffentliche Hand die Verantwortung für eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge behalte.

Auch den bisherigen Formen von nicht mittelstandsgerechten und teuren sog. Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP-Projekte) im Bundesfernstraßenbau, wie sie Bundesverkehrsminister Dobrindt weiter vorantreiben will, erteilte Loewenstein eine klare Absage: „Eine Marktverengung auf nur wenige sehr große Anbieter ist der falsche Weg. ÖPP-Modelle und Verfahren müssen so gestaltet werden, dass eine Beteiligung des Mittelstandes nicht durch Markteintrittsbarrieren (z.B. Eignungs-, Finanzierungs- und Sicherheitsanforderungen, nicht mittelstandsgerechte Losgrößen, hohe Angebotserstellungskosten) eingeschränkt oder unmöglich gemacht wird. Mittelständische Straßenbauer müssen in der Lage bleiben, auch Konzessionsnehmer zu werden und dürfen nicht in die Nachunternehmerrolle verdrängt werden.“

Holger Seit
Leiter Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, LBB

Dr. Ilona K. Klein
Leiterin Presse- & Öffentlichkeitsarbeit, ZDB

Der Landesverband Bayerischer Bauinnungen vertritt 69 Bauinnungen mit ca. 3.300 Betrieben und etwa 70.000 Mitarbeitern. Der Zentralverband Deutsches Baugewerbe ist der Spitzenverband des deutschen Baugewerbes. Er ist der größte Bauverband in Deutschland und vertritt die Interessen von 35.000 mittelständischen inhabergeführten Bauunternehmen, verschiedenster Sparten.



Hausanschrift:
Bavariaring 31
80336 München

Postfach 20 13 16
80013 München
info@lbb-bayern.de

Tel.: 089 / 76 79 - 0
Fax: 089 / 76 85 62
www.lbb-bayern.de

HypoVereinsbank
München
BLZ: 700 202 70
Kto.-Nr.: 204 495